

befindet sich im
ärmeren Deut

n wird berichtet:
Gefängnis von
zum Fußball und
zwischen ihnen
in Gefängnis ver-
bergen wird.

ung über 1. Okt. 17.



el zu beziehen
aunhof-Leipzig,

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Büchelshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinau, Königs, Köthen, Koschütz, Ponitz, Obersdorf, Wilsdruff)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ergebnis wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mh. 1.-, jährlich Mh. 8.-.
ohne Auslagen. Vollständig der Postgebühren Mh. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, daß der Besitzer
keinen Anspruch auf Weiterleitung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Heftzeitung 70 Pf., auswärts 80 Pf. Min-
der Teil Mh. 1.50. Reklamezeitung Mh. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mh. 2.-.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erstellungsdatums,
größere noch später. — Alle Anzeigen-Berichtigungen nehmen währende entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Müng & Enke, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Geburz: Amt Naunhof Nr. 2.

Nummer 113

Freitag, den 23. September 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Die Ausgabe der Brotkarten findet Sonnabend, den 24. Sept. 1921 im Vorraum zu den Amtsgerichtsräumen, Rathaus, Markt 1, 1 Treppe in der Zeit von 8 Uhr vor-
mittags bis 12 Uhr mittags statt.

Es wird erwartet, daß möglichst alle Karten während der festgesetzten Ausgabezeit abgeholt werden.

Naunhof, am 22. September 1921. Der Bürgermeister.

Diejenigen bedürftigen unanständigen Einwohner Naun-
hofs, die in der Zeit von Michaelis 1921 bis Michaelis 1922 in der Staatswaldung Leisnitz jammeln wollen, werden auf-
gefordert, sich Montag, den 26. September 1921 vor-
mittags 8 bis 12 Uhr im Meldeamt des Rathauses hier, Zimmer 11 persönlich zu melden. Die abgelaufenen Leisnitz-
zettel sind vorzulegen.

Naunhof, am 22. September 1921. Der Bürgermeister.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Salpetierwerk der Badischen Anilinfabrik zu Lub-
wigsbach-Oppau ist in die Luft gesprengt, die Zahl der Toten
wird auf 1000 geschätzt.

* Der sozialdemokratische Parteitag in Görlitz hat die Ent-
schließung für eine Verständigung mit der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung mit 200 gegen 67 Stimmen
angenommen.

* Die holländische Thronrede kündigt eine Flottenvermehrung
zur Verteidigung Niederrhein-Indiens an.

* Lord Curzon richtete eine schwarze Note nach Moskau gegen
Wählerverein der Sowjetregierung in Turkestan, Persien und
Indien.

* Bulgarien hat die Zwangswirtschaftung für Getreide
aufgehoben.

* Präsident Harding ließ den Friedensvertrag der Ver-
einigten Staaten mit Deutschland dem Senat zugehen.

Neue Zahlungen.

Am 31. August hat das Reich an die Alliierten die erste
Reparationsrate in Höhe von einer Milliarde Goldmark
bezahlt, und die Erklärung, unter welchen Bedingungen
diese Milliarde aufgebracht worden ist, ist in Deutschland
noch nicht zur Kenntnis gekommen. Aber schon unternimmt,
als Erinnerung daran, daß, im Vergleich mit den noch zu
leistenden Zahlungen bisher wenig geschehen ist, die Pariser
Garantiekommission einen Besuch in Berlin. Zugleich
veröffentlicht der Pariser "Tempo" eine Mahnung. Er
erinnert daran, daß die nächste Rate am 15. November
fällig wird, die übernächste am 15. Januar. Es handelt
sich dabei einmal um die 25prozentige Abgabe von der
deutschen Ausfuhr, aus der nach dem französischen Blatt
300 Millionen Goldmark für die Reparation erwartet wer-
den, und um die erste Quartalszahlung der 2-Milliarden-
rate, die 1922 fällig wird, also um 500 Millionen Gold-
mark. Alles in allem werden also nach dieser französischen
Rechnung 800 Millionen Goldmark im Laufe von rund
drei Monaten aufzubringen sein.

Man weiß, daß die Ausbringung der ersten Goldmil-
liardrate auf das deutsche Wirtschaftsleben Rückwirkungen
besonders stark gehabt hat, daß — um nur dieses eine wichtige
Beispiel zu erwähnen — die deutsche Rialta auf
einen so niedrigen Kursstand gesunken ist, wie sie ihn bis-
her noch nicht erreicht hatte. Es kann keinem Zweifel
unterliegen, daß jede der ungeheuren Zahlungen, die
Deutschland noch bevorstehen, ungünstige Wirkungen auf
unsere Währungsverhältnisse haben und immer erneut die
Geldentwertung, Preissteigerung und Lohnz-
erhöhung bilden, ablaufen lassen wird. Aber diese erste
Zahlung kann insofern unter besonders ungünstigen Be-
dingungen statt, als die Pariser Garantiekommission ver-
langt hatte, daß die Zahlung in Dollar stattfinden solle
und die Reichsbank deshalb bei ihren Geldanlässen auf
diese eine Währung angewiesen war. So war es natürlich,
daß die Rialta spekulativ gerade den Dollar
besonders hoch treiben würde, um bei den Reichsbanknoten
Gewinne zu erzielen. Die Reichsbank war, wenn sie sich
auch durch Kreditablösen mit neutralen Bankhäusern zu
währen suchte, doch ziemlich wehrlos dieser Ausbeutung
preisgegeben, eben weil sie für den Reparationszweck nur
Dollar anlaufen durfte und günstige Kaufgelegenheiten in
anderen Währungen nicht benutzen konnte.

Eine weitere Folge war es dann, daß der französische
Frank und das englische Pfund Sterling gegenüber dem
Dollar im Kurse fielen und daß also die Empfänger der
deutschen Reparationszahlungen selbst ebenso wie Deutschland
wenn auch nicht in dem gleichen Umsange, geschädigt wurden. Schon damals kamen aus Paris Meldungen, daß
man nach Möglichkeiten suche, Deutschland für die weiteren
Zahlungen Bedingungen zu geben, die weniger ungünstige Wirkungen haben würden. Jetzt scheint man diese
Bedingungen soweit durchdacht zu haben, daß man an
seine Ausführung gehen will, denn es wird gemeldet, die
Garantiekommission werde in Berlin der Reichsregierung
eine Abänderung der Zahlungsart in der Weise vorschla-
gen, daß die künftigen Zahlungen in Dollar, Frank oder
Pfund Sterling geleistet werden können, wie es Deutsch-

land jeweils für zweckmäßig erachte. Ob weitere Vor-
schläge in Berlin gemacht werden sollen, darüber ist einst-
weilen nichts bekannt. Es würde allerdings nicht ganz
unmöglich erscheinen, daß die gesamte Wirtschaftslage
Deutschlands zur Sprache kommt und daß diese Aussprache
dann praktische Folgen hat. In Frankreich sind in den letzten
Tagen mit beachtenswerter Intensität die Gespräche
gesprochen worden, nach denen der Bankrott Deutschlands
bevorstehen soll.

Angeregt ist diese Erörterung wohl durch eine Rede, die
der französische Wiederaufbauminister Loucheur vor
kurzem gehalten hat und in der er den deutschen Bankrott
ansäumt mit der Bemerkung, Frankreich müsse sich ein
Anrecht auf die deutschen Zolleinnahmen sichern, um für
jeden Fall Deckung seiner Ansprüche zu finden. Diese
Lösung, die Rache für die Schwierigkeiten der Reparation-
frage findet, mag wohl in den Kreisen der französischen
Nationalisten Beifall gefunden haben, die noch bes-
tiger als bisher die Beseitung des Ruhrge-
biets fordern, aber es wäre doch denkbar,
dass die von der Garantiekommission, in der
sich Nationalisten befunden haben, aber es wäre
doch denkbar, daß sie von der Garantiekommission, in der
sie neben den Franzosen auch die anderen Ententestaaten
vertreten sind, nicht angenommen ist und daß man sich hier
nach anderen Möglichkeiten umsieht, die Forderungen der
Alliierten mit den deutschen Bedürfnissen in Einklang zu
bringen. Man wird freilich nicht optimistisch sein dürfen.
Eine Erleichterung der Zahlungen, die Deutschland auf-
erlegt sind, ist nicht zu erwarten, im besten Fall wird es
sich darum handeln, erträgliche Zahlungsformen zu finden.

Vermutungen über die Regierungsbildung

m. Berlin, 21. September.

Der Entschluß des sozialdemokratischen Parteitages in
Görlitz, sich einer Verständigung und einer gemeinsamen
Arbeit in den Regierungen von Preußen und dem Reich
nicht länger zu widersehen, hat natürlich eine Flut von
Gerüchten gezeitigt.

So wurde gemeldet, Verhandlungen in dieser Rich-
tung seien bereits eingeleitet. Dr. Wirth sollte ange-
blich vom Reichskanzleramt zurückkehren und an seine Stelle
würde der jetzige sozialdemokratische Reichstagspräsident
Loewe berufen werden, der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann würde die Außenpolitik des
Reiches übernehmen, der jetzige Außenminister Dr.
Rosen gefändert im Haag oder in Washington werden.
Das Reichsfinanzministerium erhielte der Sozialdemokrat
Kell, das preußische Finanzministerium ein Vertreter der
Volkspartei. Preußischer Ministerpräsident werde das
Zentrumsmittel Dr. Potsch, als preußischer Kultus-
minister sei Siegendorf ab, der jetzige Ministerpräsident,
aussersehen. Rathenau soll auf seinem Posten als
Wiederaufbauminister verbleiben, während der Sozialde-
mokrat Professor Radburch die Justizpflege des Reiches
in die Hand nehmen werde.

Gegenüber diesen Vermutungen erklärte der Vorwärts,
daß sie alleamtig zurzeit ohne tatsächlichen Hintergrund
seien, und von parlamentarischer Seite wird das bestätigt.
Alle Behauptungen seien zum mindesten verfrüht, wenn
nicht gänzlich unrichtig. Verhandlungen schweben augen-
blicklich überhaupt nicht. Vor dem Zusammentritt des
Reichstages und des preußischen Landtages seien Be-
schlüsse nicht zu erwarten. Als äußerst fraglich wird es
eingestellt, ob die Sozialdemokratie geneigt sei, Dr.
Wirth als Reichskanzler fallen zu lassen, selbst nicht um
den Preis der Anerkennung Loebes durch die übrigen Par-
teien.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verhandlungen über die Sanktionen.

Wie aus London gemeldet wird, schreiten die San-
ktionen und die Auslegung der im August getroffenen Ent-
scheidung des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen
zwischen der britischen und der französischen Regierung
und zwischen den Alliierten und Deutschland sehr be-
strebend fort. Der französische Botschafter sprach im
Ausswärtigen Londoner Amt vor und erörterte die Frage
mit dem ständigen Unterstaatssekretär. Nach einer Infor-
mation aus französischer Quelle war der Botschafter der
Meinung, daß der britische Gesichtspunkt über die Frage
der Modalitäten tatsächlich derselbe ist wie der französische
Gesichtspunkt. Nur Einzelheiten seien noch zu erörtern.

Tagung der Deutschen Volkspartei.

Zur Tagung der Reichstagsfraktion der Deutschen
Volkspartei in Heidelberg sind außer den meisten Reichs-
tagsabgeordneten der Partei auch einige preußische Land-
tagsabgeordnete nach Heidelberg gekommen. Der Industrie-
und Handelsausschuß trat zusammen, um die Wir-
kungen der neuen Steuervorlagen auf Handel und Industrie
zu beprüfen. Zu der Aussprache hatten die Reichs-
tagsabgeordneten Dr. Curtius, Dr. Cremer und Finanz-
minister a. D. Becker Vorträge angemeldet. Die Beratun-
gen sind streng vertraulich.

Ludendorff gegen den Revanchekrieg.

Der "Matin" veröffentlicht ein Interview des Gener-
als Ludendorff, daß dieser dem Sonderkorrespondenten

dieses Blattes Sauerwein gewährt hat. Ludendorff er-
klärt: Ein Revanchekrieg Deutschlands ist für unbestimmte
Zeit vollständig unmöglich. Frankreich besitzt eine mit
allen Kampfmitteln reich ausgestattete Armee. Dagegen
haben wir durch die Zerstörung der deutschen Kriegsindu-
strie jede Möglichkeit verloren, neue Kriegsausstattungen
zu schaffen. Es ist eine absurd Einbildung, zu glauben,
daß Deutschland eine moderne Armee im gebotnen Or-
ganisationsmaße hätte. Die große Frage der Zukunft ist fol-
gende: Werden die Völker Europas und besonders Frank-
reich, England und Deutschland den selben Willen finden,
die Vergangenheit zu vergessen, um gemeinsam unter Ver-
stärkung der Interessen aller Völker Europa wirt-
schaftlich wieder aufzubauen? Wenn sich ein solcher Wille
nicht finden sollte, wie ich es leider befürchte, so wird der
furchtbare Zusammenbruch von ganz Europa unvermeid-
lich sein.

Deutsch-Oesterreich.

× Sturm gegen die Börse. Am Börsengebäude sammeln
sich 2000 bis 3000 Personen, meist christlich-soziale Ge-
werkschafter, um die Räumung und Schließung der Börse
zu verlangen. Die Sicherheitswache verhüttet schwere
Ausschreitungen. Eine Abordnung der Demonstranten be-
gab sich zur Polizeidirektion, wo ihr erklärt wurde, daß
allen Ungefehlkeiten im Spekulantentum entgegengeset-
zen werden würden. Es sind 31 Winkelhändler verhaftet
worden.

Ungarn.

× Die westungarische Republik. Das amtliche Budapester
Depeschenbüro schreibt: Die Nachricht Wiener Blätter von der angeblichen Auskunft einer selbständigen
westungarischen Republik und einer Mobilisierung in
Ungarn sind vollständig erfunden. Abgeordneter Friedrich,
von dem Wiener Blätter behaupten, er hätte die Republik
ausgerufen, befindet sich in Budapest.

Holland.

× Zur Verteidigung Indiens. Die Thronrede der
Königin enthält ernste Worte über die internationale Lage.
Es wird ein Flotteneinsatz hauptsächlich zur Verteidigung
Indiens angekündigt. In Vorbereitung befindet sich fer-
ner ein Gesetzesentwurf über die Möglichkeit der Befrei-
ung von solchen Personen, die aus Gesinnungsbedenken
sich gegen den Militärdienst sträuben. Diese Frage hat ge-
rade am Tage der Eröffnung der Generalstaaten einen
heftigen Aufschwung hervergerufen. Als die Königin die Thronrede
zu verlesen begann, riefen einige Personen von der Tri-
bune herab: Hermann Groenendaal muß aus dem Gefäng-
nis entlassen werden! Groenendaal befindet sich seit Mo-
naten in Militärschutz wegen Tatenverweigerung aus Ge-
wissensbedenken und hatte mehrere Wochen legale Nah-
rung zurückgewiesen.

Rußland.

× Zur Verteidigung Indiens. Die Thronrede der
Königin enthält ernste Worte über die internationale Lage.
Es wird ein Flotteneinsatz hauptsächlich zur Verteidigung
Indiens angekündigt. In Vorbereitung befindet sich fer-
ner ein Gesetzesentwurf über die Möglichkeit der Befrei-
ung von solchen Personen, die aus Gesinnungsbedenken
sich gegen den Militärdienst sträuben. Diese Frage hat ge-
rade am Tage der Eröffnung der Generalstaaten einen
heftigen Aufschwung hervergerufen. Als die Königin die Thronrede
zu verlesen begann, riefen einige Personen von der Tri-
bune herab: Hermann Groenendaal muß aus dem Gefäng-
nis entlassen werden! Groenendaal befindet sich seit Mo-
naten in Militärschutz wegen Tatenverweigerung aus Ge-
wissensbedenken und hatte mehrere Wochen legale Nah-
rung zurückgewiesen.

Spanien.

× Verluste in Maracaibo. Zwei starke spanische Abteil-
ungen, die am 16. Melilla verlassen haben, um die Infus-
tions nördlich und südlich von Gurugu zu verteilen,
muhten mit schweren Verlusten wieder nach Melilla zurück-
zukehren. Das Artilleriefeuer der Riffleute ist intensiver ge-
worden. Melilla wird bombardiert; Granaten, die ins
Zentrum der Stadt fallen, fordern Opfer der Bevölkerung.

Mexiko.

× Mexicos Unabhängigkeitsfeier. Die Jahrhunder-
feier von Mexicos Befreiung findet unter starker Beteili-
gung der Deutschen in Mexiko statt. Der deutsche Gesandte
Graf Montijo sprach die Glückwünsche der deutschen Re-
gierung aus. Ein "Deutscher Tag" fand statt, bei dem die
gesamte deutsche Kolonie als Geschenk die Errichtung eines
Beethoven-Denkmales in Aussicht stellte. Gleichzeitig wurde ein Werk über mexikanische Archäologie überreicht,
das Prof. Hermann Beyer dem Präsidenten Obregon wid-
mete. Der Tag wurde eingeleitet mit einem Festakt im
Teatro Arbeo. Sanitätsrat Bogenflether brachte in einer
eindrucksvollen Ansprache die tiefen Sympathien des deut-
schen Volkes für das edelmütige, neutrale Mexiko zum
Ausdruck. An diesem Festakt reichte sich eine Aufführung
der Römis und der Apfelschuh-Szene aus "Wilhelm Tell",
dargestellt von Lehrern und Schülern der deutschen Schule
aus In- und Ausland.

Berlin. Der lettändische Geschäftsträger, Ministerrepre-
sentant Dr. Wolf, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die
Leitung der diplomatischen Vertretung wieder übernommen.

München. Der Vertreter des "Matin", Sauerwein, hatte
auch eine Unterredung mit dem Münchener Polizeipräsidienten